

Pressemitteilung – zur sofortigen Veröffentlichung

Veraltete Verkehrsregeln bremsen deutsches Wirtschaftswachstum

Köln und München planen Mindestpreise für App-Fahrten. Das klingt nach Schutz für das Taxigewerbe – tatsächlich schadet es allen Personenbeförderern. Denn das eigentliche Problem ist nicht der Wettbewerb untereinander, sondern ein Personenbeförderungsgesetz, das die gesamte Branche bremst, Mobilität verteuert und Wachstum verhindert. Der neu gegründete Bundesverband der Personenbeförderung fordert eine Reform noch in dieser Legislaturperiode.

Berlin, 18. Mai 2026 – Der Bundesverband der Personenbeförderung (BVPB) ist gegründet. Er gibt kleineren Unternehmen im Taxi- und Mietwagengewerbe eine Stimme, die bestehende Branchenverbände nicht bieten. Seine Mitglieder – Unternehmer, die zusammen täglich Millionen Fahrten in Deutschland abwickeln – werden durch einen Rechtsrahmen am Wachstum gehindert, der mit moderner Mobilität nicht Schritt gehalten hat.

Der Verband startet zu einem Zeitpunkt, an dem Köln und München Mindestpreise für App-vermittelte Fahrten einführen wollen – ein Eingriff, der die Nachfrage um bis zu 15 Prozent senken und die Preise verdoppeln könnte. Der BVPB fordert deshalb eine umfassende Reform des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) noch in dieser Legislaturperiode.

Geschrieben für Telefonzentralen, angewandt auf Plattformen

Die zentralen Vorschriften des Gesetzes stammen aus der Zeit von Telefonzentralen, Papierakten und analogen Genehmigungsstellen. Heute werden sie auf App-basierte Plattformen angewandt, die Millionen Buchungen gleichzeitig verarbeiten – mit Ergebnissen, die das wirtschaftliche Wachstum der gesamten Branche bremsen.

Das sichtbarste Beispiel ist die Rückkehrpflicht. Schließt ein Mietwagenfahrer eine Fahrt ab, ohne einen unmittelbaren Anschlussauftrag zu haben, muss er zu seinem Betriebssitz zurückfahren – egal, wo Nachfrage besteht. Allein in Berlin entstehen so geschätzt 200.000 Kilometer Leerfahrten am Tag: Fahrten, die niemand bestellt hat, die Straßen belasten, Energie verbrauchen und Kosten verursachen, die am Ende die Fahrgäste tragen.

Uneinheitliche lokale Vorschriften verschärfen das Problem. Die PBefG-Reform von 2021 hat wesentliche regulatorische Entscheidungen an einzelne Kommunen delegiert. Ein Unternehmen, das in zehn deutschen Städten fährt, muss mit zehn verschiedenen

Regelwerken arbeiten. Das ist kein moderner Ordnungsrahmen – es ist ein Flickenteppich, und kleinere Unternehmen zahlen den höchsten Preis dafür.

Bremse für Wirtschaftswachstum

Die wirtschaftlichen Folgen sind messbar. Laut einer Studie von Oliver Wyman würden 33 Prozent der Nutzer von App-vermittelten Fahrten vollständig auf ein eigenes Auto verzichten, wenn die Fahrten günstiger wären. Eine Civey-Umfrage zeigt: 86,8 Prozent der Verbraucher in Deutschland sorgen sich bereits über steigende Mobilitätskosten. Mindestpreise verschärfen diese Belastung, ohne eine der strukturellen Schwächen zu beheben, die sie verursacht haben.

„Wir machen Städten wie Köln und München keinen Vorwurf. Sie nutzen die Werkzeuge, die der Bund ihnen gegeben hat. Solange der Bundestag das völlig veraltete Personenbeförderungsgesetz nicht aktualisiert, werden Städte weiter mit Scheinlösungen arbeiten müssen, die Mobilität teurer machen statt besser.“, sagt Miran Ali, Vorsitzender des BVPB und Geschäftsführer der Mars Holding GmbH.

Was der BVPB fordert

Der BVPB fordert den Bundesgesetzgeber auf, das PBefG mit Deutschlands wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit als erklärtem Ziel zu reformieren: einheitliche nationale Genehmigungsregeln, Abbau operativ überflüssiger Vorgaben wie der Rückkehrpflicht, klare rechtliche Grundlagen für digitale Geschäftsmodelle. Das würde Mobilität verbessern, Verkehr entlasten, Arbeitsplätze sichern und Kosten für Fahrgäste und Unternehmen senken.

„Fahrer, Fahrgäste und Städte zahlen für jede unnötige Vorschrift in diesem System. Es geht nicht um Deregulierung. Es geht darum, ob Deutschland mit einem Gesetz von 1964 in die Zukunft fahren will“, sagt Ali.

Der BVPB veröffentlicht in den kommenden Wochen sein erstes Positionspapier zur Reform des PBefG. Der Verband sucht den Dialog mit Entscheidungsträgern in Bund und Ländern – und steht weiteren Unternehmen der Branche offen.

Ende

Über den Bundesverband der Personenbeförderung

Der Bundesverband der Personenbeförderung (BVPB) vertritt Taxi-, Mietwagen- und Personenbeförderungsunternehmen in Deutschland. Seine Mitglieder befördern täglich Millionen Fahrgäste. Der Verband setzt sich für eine Reform des Personenbeförderungsgesetzes ein – hin zu fairen, einheitlichen und zukunftsfesten Regeln für die gesamte Branche.

Pressekontakt:

Laura Katenhusen

Rud Pedersen Deutschland GmbH
Unter den Linden 32-34
10117 Berlin

T: +49 175 432 2880

M: laura.katenhusen@rudpedersen.com

Methodische Hinweise

Civey hat im Auftrag von Bolt vom 30. März bis 24. April 2026 online 5.000 Bundesbürgerinnen und Bundesbürger ab 18 Jahren sowie 1.000 Personen befragt, die in den vergangenen zwölf Monaten mindestens fünfmal eine App-vermittelte Fahrt gebucht oder genutzt haben. Die Ergebnisse sind aufgrund von Quotierungen und Gewichtungen repräsentativ.